

Rede von Willy Brandt über die Entspannungspolitik und die Europäischen Gemeinschaften (Berlin, 10. Dezember 1973)

Legende: Am 10. Dezember 1973, am Abend vor der Unterzeichnung des Vertrags über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der BRD und der Tschechoslowakei, hält Bundeskanzler Willy Brandt anlässlich des Jahresessens der Berliner Presse eine Rede, in der er die Bemühungen der Bundesregierung betont, den Gegensatz zwischen Ost und West zugunsten einer Entspannungspolitik in Europa zu überwinden.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 12.12.1973, Nr. 162. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Von Prag und Kopenhagen", auteur:Brandt, Willy , p. 1621-1622.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_uber_die_entspannungspolitik_und_die_europaischen_gemeinschaften_berlin_10_dezember_1973-de-73de1612-965a-4549-8810-4e9eba628318.html

Publication date: 03/07/2013

Vor Prag und Kopenhagen

Ansprache des Bundeskanzlers in Berlin

Herr Vorsitzender, Exzellenzen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Berlin, Prag und Kopenhagen sind Stationen dieser Woche für den Bundeskanzler. In Bonn gibt es diesmal wichtige Zwischenstationen: Mitte der Woche, um den Tätigkeitsbericht der Regierung für 1973 dem Bundestag zuzuleiten, zum Wochenende, um die energie- und wirtschaftspolitischen Beschlüsse vorzubereiten, die vor Weihnachten gefällt werden müssen.

Wenn mich der Weg morgen nach Prag führt, dann im Sinne einer Politik, die von Berlin ausgegangen ist: Wer zurückblickt, sieht Trümmer, ungezähltes Leid, unbeglichene Rechnungen, offene Fragen, Widerstreit der Interessen, Mißtrauen, auch wohl noch Haß. Unser großer Versuch in der Bundesrepublik Deutschland war und bleibt es, diese Vergangenheit — soweit das irgend geht — nicht mehr den bestimmenden Faktor unserer Zukunft sein zu lassen.

Niemand kann die Vergangenheit ungeschehen machen und das, was sich daraus entwickelt hat. Wo wüßte man das besser als hier in Berlin? Aber es ist gut, daß nun auch das Jahr 1938, mit dem Münchener Abkommen, künftig nicht mehr maßgebend sein soll für das Verhältnis zwischen der CSSR und der Bundesrepublik Deutschland.

Fast sind es nur noch 25 Jahre bis zur Jahrtausendwende. Die zeitliche Entfernung zum Münchener Abkommen ist also schon wesentlich größer als die zum Jahr 2000. Ich meine, die Welt muß sich zunehmend weigern, ihre Zukunft von den ungelösten Fragen der Vergangenheit bestimmen zu lassen. Sie hat wahrlich andere Sorgen.

Vergangenheit und Zukunft, beides schwingt mit, wenn wir uns der Pflichten erinnern, die sich aus der Verwirklichung der Menschenrechte ergeben. Heute ist der Tag, den die Vereinten Nationen als Tag der Menschenrechte bestimmt haben.

Die Bundesrepublik Deutschland wird mit dem morgigen Tage ihr Verhältnis zu ihrem zweiten unmittelbaren Nachbarn im Osten unter das Gesetz des Gewaltverzichts stellen und damit die Grundlage für ein normalisiertes Nebeneinander und für hoffentlich zunehmende Zusammenarbeit legen. Das System von zweiseitigen Verträgen des Gewaltverzichts der Bundesrepublik mit einer Reihe von osteuropäischen Staaten wird damit abgerundet.

Dieses auf unsere Initiative hin zustande gekommene System hat einen starken Anstoß für die Politik der Entspannung in Europa gegeben. Mit Genugtuung ist festzustellen, daß die europäischen Staaten den Versuch unternehmen, den Gewaltverzicht zu einer tragenden Säule ihrer Beziehungen zu machen. Ich halte das für einen erfolgversprechenden Weg, vor allem, wenn auch Vereinbarungen über Truppenreduktionen gefördert werden können. Zweifellos wird auch die CSSR zu dem Gebiet gehören, auf dem Reduktionen von Truppen in Aussicht genommen werden.

Es mag dieser Entwicklung dienen, daß die Bundesrepublik, die in diesen Fragen — zu denen verschiedene vertrauensbildende Maßnahmen gehören sollten — einen engen Kontakt einerseits mit ihren Verbündeten, andererseits mit der Sowjetunion, mit Polen hat, solche Art von Meinungs austausch auch mit der CSSR unbehindert von protokollarischen Schwierigkeiten aufnehmen kann.

Im Übrigen läge es sicher nicht im Interesse einer zunehmenden Normalisierung, wenn ausgerechnet die beiden deutschen Staaten auf diesem Gebiet ohne das Instrumentarium der vorgesehenen beiderseitigen Vertretungen auskommen müßten.

Europa befindet sich in einer komplizierten Situation. Seine Versuche, Gegensätze zwischen Ost und West zu überwinden, eine breit angelegte Kooperation zu entwickeln, Spannungselemente abzubauen,

vertrauensbildende Elemente einzuführen, finden in einer Zeit statt, in der Auswirkungen zurückgehender oder gedrosselter Erdölproduktion spürbar werden. Aber diese Auswirkungen werden nicht nur die industrialisierten Länder Westeuropas, sie werden auch die industrialisierten Länder Osteuropas beeinträchtigen. Jedenfalls ist eine Erweiterung und eine qualitative Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa kaum vorstellbar, sofern man sich nicht über die vorhandenen Energiequellen im Klaren ist und nicht feststellt, wie die Interessen liegen.

Eine Reihe wichtiger Erdöl produzierender Länder im arabischen Raum haben beschlossen, im Januar die Belieferung um abermals fünf Prozent zu drosseln, und zwar u. a. auch für die Europäische Gemeinschaft. Die Staats- und Regierungschefs der Länder dieser Gemeinschaft werden über die damit aufgeworfenen Fragen Ende der Woche in Kopenhagen zu sprechen haben. Ich kann dem Ergebnis dieser Beratungen nicht vorgreifen, ich möchte auch bewußt dieses Thema in den nächsten Tagen öffentlich nicht ausführlich behandeln, zumal es weniger auf starke Worte ankommt als auf zielstrebiges Handeln.

Jedenfalls ist die Solidarität das Grundprinzip der Gemeinschaft, schon bevor sie eine politische Einheit bildet, was bekanntlich ihr Ziel ist. Wenn die Solidarität ihr Grundprinzip ist, schon bevor sie eine politische Einheit ist, was wäre dann das, was vor der politischen Einheit ist, wert ohne Solidarität?

Das zentrale Antriebsmoment für die europäische Einigung war nie der Wunsch, einen Block zu bilden, sondern in dem vom zweiten Weltkrieg und seinen Auswirkungen zerrissenen Europa einen neuen Anfang für Frieden und Wohlstand zu machen. Ich bin sicher, daß die Gemeinschaft die heutigen Herausforderungen bestehen wird.

Vor uns liegt die Präsidentschaftskonferenz in Kopenhagen. Ich sage „Präsidentschaftskonferenz“, denn „Gipfel“ ist etwas für die ganz Großen, oder wie immer man diesen Unterschied bestimmen will. Ich ziehe diesen Titel vor: Die Konferenz, die von der jeweiligen Präsidentschaft der Europäischen Gemeinschaft einberufen wird. Diese Konferenz in Kopenhagen, zu der Präsident Pompidou die Anregung gegeben hatte, soll den Anfang einer neuen Etappe markieren. Die Methodik, daß sich die Staats- und Regierungschefs in einer Atmosphäre vertrauensvoller, offener Diskussion zusammensetzen, kann auch der Entwicklung der Gemeinschaft und ihrer Institutionen neue Impulse geben. Diese Treffen — ohne Experten, ohne Sekretäre außer einem, außer Dolmetschern dort, wo sie gebraucht werden — sollen der Besprechung aller Probleme dienen, die von den Teilnehmern für wichtig genug gehalten werden.

Diese Treffen, von denen ich schon jetzt voraussehe, daß in der ersten Hälfte des nächsten Jahres ich zu einem die Initiative während des halben Jahres der deutschen Präsidentschaft ergreifen werde, so wie ich vermute und fast sicher bin, daß Präsident Pompidou in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres die Initiative während des dann fälligen halben Jahres der französischen Präsidentschaft ergreifen wird, diese Treffen werden also auch jene Gebiete umfassen, die von den bisherigen Strukturen in Brüssel — oder von den halbinstitutionalisierten Beratungen der Außenminister - nicht, noch nicht oder nur ungenügend erfaßt werden.

Der mit der Haager Gipfelkonferenz vom Dezember 1969 eingeleitete Neubeginn hat auf der Pariser Gipfelkonferenz des letzten Jahres den Beschluß ermöglicht, bis zum Ende dieses Jahrzehnts die Gesamtheit der Beziehungen der neun Mitgliedstaaten zu einer Europäischen Union zusammenzufassen. Kopenhagen wird auch daran zu messen sein, wie die dort Versammelten mit dem Blick auf dieses Ziel die Probleme von heute behandeln.

Wir haben trotz allem Fortschritte gemacht. Das wird deutlich, wenn wir uns die Situation vor wenigen Jahren vor Augen führen. Diese produktive Unzufriedenheit mit dem bisher Erreichten berechtigt zu der Erwartung, daß weitere Fortschritte möglich sind. Und dies gilt für alle Gebiete, die mit meinen drei Stationen dieser Woche zusammenhängen: Berlin, Prag, Kopenhagen. Aber ich bitte um Entschuldigung. Führungsschwäche hin, Führungsschwäche her: In Bonn muß - egal, was darüber geschrieben wird - auch immer wieder nach dem Rechten gesehen werden.